



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/131 - 16. Juni 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 34834 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Vor der Entscheidung Bundesversammlung in Berlin	38
2	Berlin-Problem darf nicht isoliert bleiben! Zum Verlauf der Verhandlungen in Genf	34
3 - 4	Griechisch-jugoslawische Entente? Der jugoslawische Außenminister besucht Athen Von Basil P. Mathiopoulos	83
5	Auf wessen Kosten? Bundesminister Lindrath empfängt spanischen Besuch	53
6 - 7	Stundenplan für gute Taten Marl - ein Blick in die AWO-Schwesternschule	73

* * *
* *

Vor der Entscheidung

Bundesversammlung in Berlin

sp - Der Bundestag soll am Donnerstag dieser Woche die Entscheidung darüber fällen, ob die Bundesversammlung zur Wahl des neuen Präsidenten am 1. Juli in Berlin stattfindet. So haben es die Parlamentsausschüsse für Inneres und Gesamtdeutsche sowie Berliner Fragen am späten Montagabend einstimmig - bei zwei Stimmenthaltungen - beschlossen. Dieser Beschluß ist eine Empfehlung an den Bundestag, wo ohne Aussprache die Abstimmung darüber erfolgen wird.

Zweifellos wäre die Unsicherheit darüber, ob der neue Präsident in Berlin gewählt werden soll, nie entstanden, wenn die CDU rechtzeitig einen Kandidaten hätte nennen können, und wenn von Seiten der Bundesregierung nicht Bedenken gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin erhoben worden wären.

Die zuerst verbreitete Version, die Westmächte hätten Bedenken angemeldet, erwies sich bald als falsch. Tatsache ist, daß die Westmächte zu keinem Zeitpunkt einen Einspruch gegen die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin erhoben haben und daß sie zu ihrer Stellungnahme, diese Frage sei eine innerdeutsche Angelegenheit, nur durch eine Anfrage der Bundesregierung veranlaßt wurden.

Die Motive dieser Anfrage werden sicher noch lange Zeit ein wohlgeheimes Geheimnis Adenauers und Brentanos bleiben. Die Vermutung, daß einzelne Angeordnete der CDU einfach Angst hatten, nach Berlin zu reisen liegt nahe und ist auch hier und dort bereits ausgesprochen worden; sie wird sich jedoch nicht beweisen lassen. Eher dürfte jedoch die Annahme liegen, daß Adenauer mit dieser Frage seine Entscheidung, nun doch Bundeskanzler zu bleiben, dramatisieren wollte. Er brauchte ein sichtbares Beispiel für die "ernste Lage", die seinen Schritt begründet erscheinen ließ. Sicher hatte er nicht damit gerechnet, daß die Westmächte ihm die kalte Schulter zeigen würden.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion und der Parteivorstand der SPD haben geschlossen und ohne Zögern die Auffassung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, vertreten, daß ein Verzicht auf die Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin überhaupt nicht diskutabel sei. Auch die Berliner CDU - das soll hier gesagt sein - vertrat von Anfang an diese Auffassung.

Es ist zu hoffen, daß sich der Bundestag am Donnerstag geschlossen im Sinne der Empfehlungen der zuständigen Parlamentsausschüsse entscheidet. Jedes Zögern und jedes Ausweichen vor diesem Entschluß wäre gleichbedeutend mit einer politischen Kapitulation.

Berlin-Problem darf nicht isoliert bleiben!

G.M. Aus Genf wird berichtet, dass die Bemühungen des britischen Aussenministers Selwyn Lloyd um das Zustandekommen von Kompromissen hauptsächlich von der westdeutschen Delegation gestört werden. Jedenfalls hat Botschafter Grewe bis jetzt keinen Versuch gemacht, die von Selwyn Lloyd angelegten Brücken zu betreten. Im Gegenteil, er und andere Mitglieder der westdeutschen Delegation wiesen sogar die Möglichkeit einer Diskussion über ausserhalb des Berlin-Komplexes liegende Fragen zurück. Dazu gehörte unter anderen die Problematik der von Gromyko am Freitag, dem 5. Juni gestellten Frage, ob die Westmächte nicht die Schaffung einer militärischen Entspannungszone in Mitteleuropa diskutieren wollten, sowie die mehrfach von Ost und West im Verlaufe der Konferenz angestellte Überlegung, ob nicht neben der Einrichtung eines ständigen Vier-Mächte-Gremiums auch ein Gesamtdeutscher Rat oder Ausschuss gebildet werden sollte, der im Auftrage der "Grossen Vier" technische Fragen beraten könnte.

Die Haltung der westdeutschen Delegation beschränkte sich bisher auf die Forderung, dass das ganze westliche "Paket" zur Diskussion gestellt werden müsse, obwohl hinreichend bekannt ist, dass die Russen eine solche Forderung ablehnen.

Ganz gleich, welches Resultat die Aussenministerkonferenz eines Tages haben wird - der Verzicht auf Bemühungen, das Berlin-Problem nicht isoliert behandeln zu müssen, ist an sich schon eine Erschwerung der Lage. Auf jeden Fall ist er eine weitere Gefährdung Berlins, da selbst ein isolierter Berlin-Kompromiss unter den gegebenen Umständen auch nur ein höchst zweifelhaftes Provisorium sein könnte.

Die SPD hat daher erneut vor einer Entwicklung in Genf gewarnt, an deren Ende eine isolierte Behandlung des Berlin-Problems stehen würde. Auch der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, betonte zum Abschluss seines Besuches in Genf sehr eindringlich die Notwendigkeit, auch andere Fragen als nur das Berlin-Problem auf den Verhandlungstisch zu bringen. Ob Willy Brandt für seine berechtigte Forderung in Bonn und bei der westdeutschen Delegation in Genf Verständnis finden wird, ist noch nicht sicher. Wir wollen es im Interesse der tapferen Stadt Berlin hoffen.

Griechisch-jugoslawische Entente ?

Von Basil P. Mathiopoulos

In dieser Woche weilt der jugoslawische Außenminister Kotsa Popowitz zu einem offiziellen Besuch in Athen. Im Mittelpunkt seines Besuches wird die Unterzeichnung eines Vertrages mit der griechischen Regierung stehen, der alle noch ungelösten Fragen zwischen beiden Ländern beseitigen soll.

Mit der Unterzeichnung dieses Vertrages ist ein Höhepunkt in den schon in den letzten fünf Jahren immer sehr freundlichen Beziehungen zwischen Griechenland und Jugoslawien erreicht. Diese beiden Länder dokumentieren damit, daß sie an der Wiederbelebung des alten Balkan-Paktes durchaus interessiert sind. Heute stellen sie ja den Rest dieses Paktes dar, der aufgrund des Zypernkonfliktes und der damit verbundenen scharfen Auseinandersetzungen zwischen Athen und Ankara zerbrochen war. Allerdings hat Jugoslawien durchblicken lassen, bei einer Erneuerung des Balkan-Paktes stehe heute nur noch die politische und wirtschaftliche Seite in Frage, nicht aber die militärische. Eine Militärallianz auf dem Balkan müßte die Lage auf diesem neuralgischen Raum nur verschärfen.

Damit waren große Hoffnungen des Westens, die man an die Beilegung des Zypernkonfliktes im Februar dieses Jahres geknüpft hatte, hinfällig geworden. Die Militärallianz von 1954 zwischen Griechenland, Jugoslawien und der Türkei, die damals in Blind unterzeichnet wurde, wird sehr wahrscheinlich keine Neuaufgabe erleben.

Diese für den Westen ernüchternden Aussichten treffen dazu noch mit einem kritischen Zeitpunkt, nämlich einer neuen Offensive Moskaus im kalten Krieg um den Balkan, zusammen. Mit der Reise des sowjetischen Ministerpräsidenten nach Albanien versuchte der Kream, den alten Plan des rumänischen Ministerpräsidenten Stoyka, der eine Neutralität der gesamten Balkanhalbinsel über eine Balkankonferenz zu verwirklichen suchte, ein neues entscheidendes Gewicht zu verleihen, ein Versuch, der von entsprechenden Notizen der kommunistischen Länder an Griechenland, Jugoslawien und die Türkei begleitet wurde.

Nun ist allerdings die Neutralisierung der gesamten Balkanhalbinsel augenblicklich eine Utopie, vor der auch die Sowjetunion ihre Augen nicht verschließen dürfte. So hatte denn Chruschtschow auch einen durchaus realen Grund, auf den Balkan zu reisen: Galt es doch, Athen zu warnen! Zu warnen vor der Errichtung von Atomabschußbasen, ein Plan der gegenwärtig in Griechenland aktuell ist.

Die Frage einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan wird überall, auch unabhängig von den Zielen Moskaus, eifrig diskutiert. Daß die Warnungen des Kreml diese Diskussionen verschärfen, ist selbstverständlich. Aber schon vor einem Monat besuchte der Präsident der jugoslawischen Skupsina (wie das Parlament heißt) Griechenland und trug während der Besprechungen mit griechischen Politikern die Gedanken seiner Regierung wegen der geplanten Abschußbasen in Griechenland vor. Keineswegs wolle er sich in griechische Angelegenheiten einmischen, so betonte der Parlamentspräsident Peter Stambolitz, er müsse jedoch unterstreichen, daß nach Ansicht der jugoslawischen Regierung eine wesentlich ruhigere Entwicklung auf dem Balkan erwartet werden könne, wenn man eine atomwaffenfreie Zone auf diesem Raum schaffe. Dieser Stellung Jugoslawiens gab dann auch Tito am 7. Juni in Smenterovo Ausdruck, ja, er trat sogar für eine atomwaffenfreie Zone ein, die selbst Italien noch umschließen sollte. In dieser Rede unterstützte Tito auch die alte, aber kürzlich erst wiederholte Forderung Rumäniens nach einer Balkankonferenz. Diesen Vorschlag hat die griechische Regierung jedoch bereits abgelehnt mit dem Hinweis, zuerst müsse man alle noch offenstehenden Fragen zwischen Griechenland einerseits und den kommunistischen Ländern andererseits einmal wirklich anpacken; erst dann habe es Sinn, sich gemeinsam an einer Konferenz tisch zu setzen.

Am 16. Juni äußerten gutunterrichtete politische Kreise in Athen die Vermutung, daß der jugoslawische Außenminister Popowitsch während seines Besuches in Athen in diesen Tagen mit der griechischen Regierungsvertretern auch die Frage einer atomwaffenfreien Zone noch einmal ansprechen werde. Er werde dabei allerdings vermutlich vor einer schon gelösten Frage stehen, denn die Entscheidung sei, wie sich aus einer Antwortnote der griechischen Regierung an die Sowjets über dieses Problem indirekt ergebe, bereits zugunsten der Abschußbasen gefallen.

Damit hätte die Regierungspartei ihre absolute Mehrheit, die sie nur aufgrund des Wahlsystems innehat, gegen die Opposition, die mehr als 50 Prozent der griechischen Wähler vertritt und gegen eine starke öffentliche Meinung ausgespielt.

Man erwartet aber, daß die Beziehungen zwischen Griechenland und Jugoslawien auch weiterhin freundlich bleiben, obwohl die Regierungen in diesem wichtigen Punkt so verschiedene Haltungen einnehmen. Für Belgrad ergibt sich aus der Freundschaft mit Griechenland die indirekte Verbundenheit mit der NATO, eine Verbundenheit, die Tito sich nicht gern verscherzen möchte, Griechenland andererseits sieht in dem guten Verhältnis mit einem ideologisch so ganz anders orientierten Land ein positives Gegengewicht zu der Nachbarschaft der anderen kommunistischen Länder, mit denen es keine freundlichen Beziehungen unterhält. Vielleicht kann man also wirklich von einer "kleinen Entente" sprechen im Fall Griechenland/Jugoslawien, einer guten Nachbarschaft jedenfalls, die geeignet ist, ein Beispiel zu sein für die friedliche Koexistenz zweier Völker, die völlig anderen politischen und sozialen Systemen angehören.

Auf wessen Kosten ?

W.P. Einer Mitteilung des Bundesministeriums für wirtschaftlichen Besitz des Bundes ist zu entnehmen, daß der spanische Staatsminister José Soliz-Ruiz in dieser Woche in der Bundesrepublik weilte. Der Spanier ist Präsident der spanischen Staatsgewerkschaft und im Kabinett für die Falange, die einzige "politische Bewegung" in Spanien, zuständig. Nach der Bundesrepublik kommt er, so heißt es, auf Grund einer Einladung von Bundesminister Dr. Lindrath, und zwar in dessen Eigenschaft als Präsident des "Internationalen Komitees zur Verteidigung der christlichen Kultur", dessen Vizepräsident der Spanier ist. Beide wollen Besprechungen führen, die "besondere Fragen des Komitees" betreffen. Daneben wird der spanische Gast Gelegenheit haben, mit mehreren Mitgliedern der Bundesregierung Gespräche über aktuelle sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen zu führen.

Die Pressemitteilung läßt nicht eindeutig erkennen, welchen Status der Besuch des spanischen Staatsministers eigentlich hat. Zum Empfang waren nicht nur der Minister für wirtschaftlichen Besitz des Bundes selbst - in seiner Eigenschaft als Präsident des erwähnten privaten exklusiv-katholischen Vereins-, sondern auch Vertreter des Auswärtigen Amtes anwesend. Entsprach dies lediglich der diplomatischen Gepflogenheit oder sollte damit ein offizieller Charakter des Besuches angedeutet werden? Die Art und Weise, wie die Öffentlichkeit über den Besuch informiert wird, läßt zumindest den Anschein zu, als würden hier private und öffentliche Angelegenheiten miteinander verquickt. Nachdem der Bundesrechnungshof in den vergangenen Jahren immer wieder auf das Unwesen der vermeidbaren Reisen hinweisen mußte, erscheint es untragbar, wenn ausgerechnet der Minister, dessen Aufgabe die pflegliche Behandlung des Bundesvermögens sein sollte, Mittel des Bundes in Anspruch nehmen sollte, um einem Vereinskollegen und Mitvorsitzenden einen Besuch in der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Die Sache hat allerdings auch noch eine politische Seite. Es ist schließlich kein Geheimnis, daß eine beträchtliche Zahl führender Politiker der CDU/CSU über das sogenannte "Europäische Dokumentationszentrum" seit Jahren engen Kontakt zu spanischen Regierungskreisen unterhalten. Diese sich zur Rettung der abendländischen Kultur berufen fühlende Institution unter der Präsidentschaft des habsburgischen Kronprinzen Otto von Habsburg fasziniert seit jeher die konservativen Führungselemente in der CDU, umso mehr, als sie sich u.a. zum Ziel setzt, "der Einigung Europas durch die Verteidigung und die Propaganda der politischen europäischen Solidarität auf der Grundlage des gemeinsamen kulturellen Erbes und nach der religiösen, moralischen und sozialen Lehren der Kirche" herbeizuführen. Eine der führenden Persönlichkeiten, die diesem Ziel dienen, ist auch der spanische Falangeminister, und unter "Kirche" versteht man in diesem Falle natürlich nur die katholische Kirche.

Aber wie dem auch sei: Man sollte die Öffentlichkeit nicht für so naiv halten, zu glauben, daß sie den Unterschied zwischen privater Propaganda und staatlichen Aufgaben nicht erkennt, wenn man ihn auch am liebsten verschleiern würde. Es ist ohnehin bekannt, daß das Propagandakomitee zur Verteidigung der christlichen Kultur Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln erhält; mögen sie auch zweckgebunden und für den Besuch eines ausländischen Ministers nicht bestimmt sein. Eine klare Trennung privater und öffentlicher Angelegenheiten auch in Verlautbarungen von Ministerien erscheint uns in jedem Falle wünschenswert. Umso mehr, als dies der einzige Weg ist, um der verhängnisvollen Staatspartei-Tendenz der CDU entgegenzuwirken.

+ + +

Stundenplan für gute Taten

Noch immer fehlt es in der Bundesrepublik an ausreichendem Pflegepersonal für unsere Krankenhäuser. Diesem Mangel abzuhelpfen, junge Mädchen in einer dreijährigen Lehrzeit zur Krankenschwester auszubilden, hat sich die Marler Schwesternschule der Arbeiterwohlfahrt zum Ziel gesetzt. Seit 1947 bestehend, kam sie 1953 von Westerland nach Marl. Ein sorgsam ausgearbeiteter Lehrplan, den sich jetzt auch andere Ausbildungsstätten zum Vorbild nehmen, und eine enge Verbindung mit der Paracelsusklinik bilden die Grundlagen für die Ausbildung jener Mädchen, die einmal das Leben ihrer leidenden Mitmenschen erleichtern wollen. Der Beruf der Schwester ist nicht leicht, er erfordert neben einer umfassenden theoretischen und praktischen Ausbildung ein hohes Mass von Verantwortungsbewusstsein, verlangt Einsatzfreudigkeit, gepaart mit menschlicher Aufgeschlossenheit. Es sind nicht allein körperliche Gebrechen durch einen Krankenhausaufenthalt zu heilen. Sehr oft auch muss eine Krankenschwester durch ein verständnisvolles Wort Trost spenden, muss einfühlsam seelisches Leid zu lindern wissen.

75 Schülerinnen

Die Marler Schule hat einen guten Ruf, Schülerinnen aus der ganzen Bundesrepublik finden sich hier ein. Nach der im Frühjahr des vergangenen Jahres vorgenommenen Erweiterung kann die Schule 75 Schülerinnen aufnehmen, zu denen sich noch 35 Vorschülerinnen gesellen. Achtzehn Jahre muss ein Mädchen mindestens alt sein, wenn es in die Schule aufgenommen werden will. Voraussetzung ist eine abgeschlossene Schulbildung und ein Jahr hauswirtschaftlicher Tätigkeit. Die Vorschülerinnen können mit 16 Jahren beginnen und werden auf einen annähernden Mittelschulabschluss - jedoch ohne Fremdsprachen - aufgeschult. Die Schwesternschülerinnen erhalten sogleich ihre Dienstkleidung und bekommen während ihrer dreijährigen Ausbildungszeit ein Taschengeld. Diese Jahre sind nicht leicht: man muss lernen, lernen und nochmals lernen. Keineswegs leben sie in kasernenartiger Abgeschlossenheit. Sie haben einen freien Wochentag, die Schule hat 25 Abonnements beim Marler Theaterring belegt, es gibt auch verschiedentlich Freikarten für alle Art von Veranstaltungen. Unter der Obhut von vier Schulschwestern verbringen die Mädels ihre Lehrzeit. Für sie beginnt der achtstündige Ar-

beitstag um 6,30 Uhr und endet um 19 Uhr. Die theoretische Ausbildung nimmt - auf alle drei Ausbildungsjahre verteilt - ganze zwölf Monate in Anspruch.

Von der Physiologie zur Krankenpflege

Was hier nicht alles auf dem Unterrichtsplan steht: Anatomie, Physiologie, Lehre von den Krankheiten, Medikamentenlehre, Vererbungslehre, Desinfektionslehre, Instrumentenkunde, Berufskunde, Berufsethik, Geschichte der Krankenpflege, Gesundheits- und Sozialgesetzgebung, Sozialversicherung, praktische Kranken-, Säuglings- und Wochenpflege, Verbandstechnik und Nahrungsmittellehre. Es ist nur verständlich, dass die Schülerinnen, wollen sie einen gesunden Ausgleich zu ihrem Unterricht und ihrer praktischen Arbeit haben, gut untergebracht sein müssen. Und hier fehlt es in Marl an nichts. Sauber und freundlich-hell eingerichtete Zweibettzimmer - im ersten Ausbildungsjahr schläft man zu dritt in einem Zimmer - , behaglich eingerichtete Aufenthaltsräume lassen Ruhe und Entspannung finden. Hier gibt es alle Arten von Spielen, hier kann man Radio hören oder sich vor den Bildschirm eines Fernsehgerätes hocken. Selbstverständlich kommt auch das Singen und Musizieren nicht zu kurz. Die gemütliche und saubere Atmosphäre dieser Räume erhalten sich die Mädel selbst. Hier blitzt es vor Sauberkeit. Auch für die vielen hier grünenden und blühenden Blumen finden sich verständnisvolle Mütterinnen.

Fachliche und pädagogische Aufgaben

Im zweiten Jahr kommt als erstes das Desinfektionsexamen an die Reihe, ihm folgt dann im Herbst des dritten Jahres das die Lehrzeit beendende Schlussexamen, dem in jedem Fall der Regierungsmedizinaldirektor der Bezirksregierung in Münster beiwohnt. Frau Oberin Romberg, die Leiterin der Schule, wusste zu berichten, dass die Ärzte der Klinik mit der Arbeit und der Lerneifer der Schülerinnen zufrieden sind. Sie klagt aber auch darüber, dass sich von Jahr zu Jahr mehr bei den neu aufgenommenen Schülerinnen eine mangelnde Schulbildung bemerkbar macht. Sie und die vier Schulschwestern, auch die den allgemeinbildenden Unterricht gebenden Dozenten der Volkshochschule, haben es mit den durch den Krieg belasteten Jahrgängen nicht immer leicht. Dazu kommt noch die Tatsache, dass rund 46 Prozent der Schülerinnen Waisen oder Kinder aus geschiedenen Ehen sind. Da erwachsen dem ausbildenden Personal neben den fachlichen auch pädagogische Aufgaben. Die Marler Schule hat sich ein hohes Ziel gesetzt; wie die Prüfungsergebnisse beweisen, vermag man sie auch zu erreichen.

(W R)

----- + - + - + -----
Verantwortlich: Günter Markscheffel